

Verlagsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

7. Oktober 1925

Verlag und Anzeigenabteilung Geschäftstags 9-5 Uhr
Verleger: Vormärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-201

Die Indiskretion der Faschisten.

Auch die Deutschnationalen wollen sprengen.

V. Sch. Locarno, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Dienstag abend gegen 11 Uhr verbreitete sich in Locarno das Gerücht, daß italienische Blätter in den Besitz des Paktentwurfs gelangt seien...

Sehr stark war in der französischen Delegation die Einschätzung der angeblichen Erschwerung der Stellung Stresemanns. Über in Wirklichkeit befürchtete Brand von einer solchen Veröffentlichung Schwierigkeiten mit seinen eigenen Nationalisten...

Gegen Mitternacht dementierte die italienische Delegation entschieden, daß die Veröffentlichung des Paktentwurfes in Mailänder Blättern erfolgen würde. Tatsächlich waren einzelne italienische Blätter...

So erklärt sich auch das Ehrenwort Grandis und seines Presschefs, das sie den alliierten Delegationschefs gaben, daß kein italienisches Blatt heute das Dokument veröffentlichen würde...

Die deutsche Delegation hat bis 1/2 Uhr nachts unter sich beraten. Man behauptet, daß deutsch-nationale Forderungen den Gegenstand der Beratung gebildet haben. Hier anwesende deutsch-nationale Pressevertreter legen, daß der Abg. v. Lindeiner-Wildau als Beauftragter der deutsch-nationalen Parteileitung heute hier eintreffen würde...

Frankreich und die Ostverträge.

Offizielle französische Meldung.

Paris, 6. Oktober. (W.F.B.) Die „Agence Havas“ meldet aus Locarno: Nach der Ansicht der Alliierten kann der Sicherheitspakt unverzüglich ratifiziert werden, er wird aber erst in Kraft treten, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes sein wird...

Durchschlagskraft deutscher Gegenstände anerkannt. Paris, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu der am Dienstag in Locarno begonnenen Erörterung der Frage der französischen Garantie für die östlichen Schiedsverträge...

Alliierten gegen Deutschland eine Politik der Sanktionen und des Nichttrauens gemacht, die charakterisiert werde durch die Ruhrbesetzung und des Abchlusses der Militärabündnisse zwischen Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei...

Londoner Informationen.

London, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Morgenpresse vergleicht auf Kommentare und überläßt das Feld den Konferenzberichterstellern, die zum Teil mangels anderer Informationen über die Erörterung Stresemanns drachten...

Zeichen für eine Veränderung der alliierten Politik in der Verfassungsfrage nach Unterzeichnung des Paktes unerkennbar, jedoch eine Diskussion in Locarno ausgeschlossen sei...

Südslawien und der Anschluß.

Eine bemerkenswerte Stimme.

Die Belgrader „Politika“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel über die Anschlußfrage, der darum besonderes Interesse verdient, weil er von ihrem Berliner Berichterstatter stammt...

Belgische Reformen.

Ein großes Regierungsprogramm.

Brüssel, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalkonvent der belgischen Arbeiterpartei behandelte eingehend die politische Lage, insbesondere das Programm der Regierung hinsichtlich der Sozialreform, des Finanzproblems, der Leuerung und der Frankentwertung...

Baudirektor Meißner entlassen. Der stellvertretende Direktor der Thüringischen Staatsbahn Hilmar Meißner, wurde aus noch unbekanntem Gründen entlassen...

Die Entscheidung von Liverpool.

Die Niederlage Moskaus auf dem Labortkongress. (Von unserem englischen Korrespondenten.)

Liverpool, 3. Oktober.

Aus den nach Deutschland übermittelten Depeschen mag vielleicht der Eindruck entstanden sein, als ob die ganze viertägige Debatte des Parteitags der Arbeiterpartei nichts als eine einzige große Auseinandersetzung mit Moskau gewesen wäre...

Wenn dennoch nicht nur für den Leser auf dem Kontinent, sondern auch für die Konferenzteilnehmer selbst die Auseinandersetzung mit Moskau als die entscheidende Tatsache im Bewußtsein bleibt, so liegt das zunächst einmal daran, daß keine der zur Diskussion stehenden Fragen von so unmittelbarer tief einschneidender Bedeutung für die englische Arbeiterbewegung und damit für die gesamte britische Innenpolitik war...

Der Gedankengang der Kommunisten war ganz offenbar der: Die Masse der Mitglieder der Arbeiterpartei, die „rank and file“, sind mit den Bonzen Macdonald, Snowden und wie sie immer heißen mögen, unzufrieden...

Der Plan war gut, die kommunistische Regie auszeichnet — nur die kommunistische Psychologie miserabel. Die der kommunistischen Partei Großbritanniens zugeteilten Moskauer Generalschäbeler hatten sich verrechnet...

Schon die Rede des Vorsitzenden, die hier eine Art Programmsprache des Parteivorstandes darstellte, war auf einen Ton ausgesprochener Polemik gegen die Kommunisten fixiert. Das war der erste Schlag. Der zweite war — Macdonald...

Die Hauptursache aber für diese unerwartete Bereitwilligkeit der Masse der Delegierten und auch der „Radikalen“, auf die die Kommunisten als Brücke zum Kommunismus so große Hoffnung gesetzt hatten...

tion ergingen, sondern in einer Reaktion der Massen selbst. Sie sahen es vielleicht zum ersten Male mit voller Deutlichkeit, daß die von den Kommunisten gepredigte Einheitsfront eine Vergiftung des Verhältnisses zwischen Führern und Massen, also die denkbar größte Uneinigkeit, bedeuten müsse, sie sahen vor allem — und diese Erkenntnis gemerkt zu haben ist mit ein Hauptverdienst der Haltung Macdonalds auf dieser Konferenz —, daß der ihnen von ihren radikalen Freunden empfohlene Radikalismus eine von außen importierte Ware darstellt, die nach einem bewußten Plane der Bewegung aufzutrotzt werden sollte. Nichts konnte der kommunistischen Bewegung in Großbritannien einen tödlicheren Schlag versetzen, als die plötzliche Erkenntnis dieser Tatsache, die den Stolz des britischen Arbeiters verletz und ihm weitaus größeren Eindruck macht, als eine theoretische Auseinandersetzung über die verschiedenen Methoden der beiden Parteien.

Sobald der Kongreß fühlte, daß er hinteres Licht geführt werden sollte, sobald er den Charakter dieser Entschlüsse in ihrem wahren Lichte sah, lehnte er mit einer nicht zu überbietenden Entschlossenheit diese Gegenresolutionen eine nach der anderen ab, unbekümmert darum, ob er sich damit mit dem Gewerkschaftskongreß in Widerspruch setzte oder nicht.

So ist Liverpool mit einem Schlag zu einem Wendepunkt in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung geworden. Die Konferenz stellt den Beginn des bewußten Klärungsprozesses zwischen Sozialisten und Kommunisten dar, jenes Prozesses, der hier aus einer Reihe von äußeren und inneren Gründen so lange verzögert worden ist. Aber es ist erst ein Beginn, nicht der Abschluß. Denn wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird nunmehr von den als Partei und als Einzelmitglieder ausgeschlossenen Kommunisten ein Ringen einsetzen, teils über die Ortsgruppen, in denen sie sich bis jetzt gehalten haben, teils über ihre Gewerkschaften, die als Ganze so befanntlich Mitglieder der Arbeiterpartei sind, weiter ihren Einfluß auf die Partei auszuüben und weiter auf diesem Wege ihre Vertrauensmänner für Funktionen in der Labour Party vorzuschleichen.

Gewiß, der Kongreß hat auch hier Kiesel vorzuschleichen versucht, aber die besondere Organisation der Labour Party als einer größtenteils aus Gewerkschaften zusammengesetzten Rahmenpartei, macht die organisatorische Durchführung dieser Beschlüsse nicht leicht. Schon hat außerdem, entgegen den Beschlüssen des Kongresses, die kommunistische Partei Großbritanniens die Parole „hinein in die Ortsgruppen der Labour Party“ für ihre Mitglieder ausgegeben und damit ganz offen einen Vorstoß zur Unterhöhlung des Parteitagbeschlusses gemacht. Die Kommunisten werden versuchen, eine Renesse der lokalen Ortsgruppen, in denen sie die Kontrolle ausüben, gegen die Partei zu inszenieren und gleichzeitig die Gewerkschaftskollegen unter Appell an die Klassenlojalität gegen die wörtliche Durchführung des Beschlusses scharf zu machen suchen.

Niemand kann nach Liverpool zweifeln, daß dies Ringen schließlich mit einer Niederlage der Kommunisten enden wird. Aber man darf sich auch darüber nicht täuschen, daß es einen schmerzlichen, erbitterten, vielleicht sogar verlustreichen Kleinkrieg geben wird, ehe es gelingt, den letzten Kommunisten aus der Arbeiterpartei zu entfernen.

## Hergt in Nöten.

Wann fiel er nicht um?

Immer heftiger werden die Auseinandersetzungen unter den Deutschnationalen und zwischen ihnen und den Völkischen. Der treuherrliche Hergt (hier siehe ich, ich kann nicht anders) sprach in Eberfeld in einer Versammlung, zu der die Völkischen stark erschienen waren. Er wurde dauernd unterbrochen. Besonders stürmisch ging es in der Versammlung zu als der Abg. Henning an Hergt die Aufforderung richtete,

doch einmal einen Punkt der Politik zu nennen, wo er nicht umgefallen sei.

Eine solche Frage konnte Hergt natürlich nicht beantworten, denn es gibt einfach keinen Punkt, wo er nicht umgefallen ist. Henning warf Hergt vor, daß die Deutschnationalen dieselbe Erfüllungspolitik wie Erzberger und Rathenau trieben und daß sie mit ihrer Politik den Reichspräsidenten verrieten. Hergt mußte schließlich das Rednerpult verlassen. Selbst die Antiföndung, daß die Deutschnationalen eventuell wieder zur „nationalen“ Opposition zurückkehren würden, wenn die Sicherheitspaktverhandlungen in Locarno ohne Berücksichtigung ihrer unveräußerlichen Vorbehalte erledigt würden, konnte Hergt nicht von der Erregung der Versammlung schützen. So fallen die Demagogen selber in die Grube, die sie anderen glauben graben zu können.

## Auf der Spur der Fememörder.

Weitere Verhaftungen.

Die Berliner politische Polizei hat im Laufe des Dienstags im Zusammenhang mit der Aufklärung der Fememörder weitere Verhaftungen vorgenommen. Zunächst wurde ein Mitglied des früheren Regiments Soden namens Guttnecht verhaftet, sowie ein Oberleutnant Ebersbach, der im Oktober 1923 ein Attentat auf General von Seekt geplant haben soll. Auch in Schwere wurden in den letzten Tagen mehrere Verhaftungen vorgenommen, die mit der Fememörderorganisation der Rechtsradikalen in Verbindung stehen. Die beiden Verhafteten Ebersbach und Guttnecht gehörten einst der Brigade Ehrhardt an.

## Neue Morde in Mecklenburg.

Ueber einen politischen Mord in Mecklenburg, dem am Tage vor der Reichspräsidentenwahl ein zwanzigjähriger Gutsinspektor Schramm vom Rosenhof bei Feldberg zum Opfer fiel, berichtet die „Völkische Zeitung“: Schramm, der der Sozialdemokratischen Partei nahestand, trat nach einer politischen Auseinandersetzung mit dem Sohne seines Gutsbesizers und einem Gärtner den Heimweg an, wurde aber in derselben Nacht ermordet. Mehrere Zeugen sind dafür vorhanden, daß sich der Gärtner am anderen Morgen von Blutspuren reinigte. Der Gutsbesitzer Lemple, bei dem Schramm tätig war, meldete als Amtsvorsteher den Erschlagenen erst nach vier Tagen als „vermisst“. Eine Untersuchung durch die Gendarmerie brachte keine Aufklärung. Anfang August wurde die Leiche dann in einem benachbarten See gefunden. Gleichzeitig wurde in einem Haserfeld eine Stelle entdeckt, wo die Leiche ausgegraben worden sein muß. Alle Verdachtsgründe sprechen für einen Mord, dennoch wurde die Leiche ohne gerichtliche Untersuchung freigegeben. Niemand vom Gute wohnte jedoch der Beerdigung bei.

Am Sonntag wurde in der Nähe des Bahnhofs Glanau in Sachen die Leiche eines jungen Mannes gefunden, dessen Hände gefesselt waren. Auch hier rechnet man mit einem politischen Mord. Der Tote war Mitglied des Roten Frontkämpferbundes.

## Um das Reichsschulgesetz.

Zentrumsstimmen.

Böln, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die starke Enttäuschung, die der Entwurf zum Reichsschulgesetz in den linksorientierten Volksschichten und Parteien hervorgerufen hat, zwingt nunmehr auch die Zentrumspresse, die bisher zu dem Entwurf nicht viel zu sagen wußte, zur Ausgabe ihrer Zurückhaltung. In einem längeren Artikel sucht am Mittwoch vormittag die „Kölnische Volkszeitung“ den Entwurf zu verteidigen, indem sie u. a. schreibt:

Niemand würde es aufrichtiger beklagen als die Zentrumspartei, wenn wirklich die Verhandlungen über den Reichsschulgesetzentwurf einen wilden Schulkampf entzünden sollten. Aber es steht nicht in unserer Macht, ihn dem deutschen Volk zu ersparen und nicht uns wird die Verantwortung treffen, wenn er ausbricht. In einem so zerrissenen Volk, wie es das unsere ist, kann der innere Frieden nur bestehen, wenn alle darauf verzichten, einander Gewalt anzutun. Er wird nie errungen und behauptet werden, solange die Gewissensfreiheit nicht unbedingt respektiert wird. . . . Das Zentrum

wünscht den Schulkampf nicht herbei. Aber es ist sicher, daß es ihn, wenn er ihm aufgezwungen würde, nicht zu fürchten hätte. Vor Drohungen weicht es nicht zurück, einschüchtern läßt es sich nicht. Es ist zur Verständigung bereit. Es ist gewillt, jedem Teil des deutschen Volkes die Schule zu geben, die seiner Überzeugung entspricht. Dies allein ist wahre Demokratie. Ein Volksstaat ohne Gewissensfreiheit wäre nur eine traurige Karikatur.“

Diese Verteidigung täuscht nicht darüber hinweg, daß der vom deutschnationalen Innenminister eingebrachte Entwurf die Staats-Schulhoheit verletzt, indem die Schule der Kontrolle der Kirche ausgeliefert wird. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls nichts unterlassen, um diesen die Reichsverfassung gründlich verletzenden Entwurf so schnell wie möglich zu Fall zu bringen.

## Gemeindewahlen in Pommern.

Die Mandate der Deutschen.

Danzig, 7. Oktober. (Ill.) In den verschiedenen Städten haben deutsche Listen folgende Mandate erhalten: in Thorn von 42 Sitzen 4, in Culmsee von 30 Mandaten 2, in Rewe von 12 Sitzen 2, in Culm von 36 Sitzen 3, in Luchel hat die Liste der Kaufleute und Handwerker, zu denen die Deutschen zu rechnen sind, von 18 Mandaten 3 erhalten. In Schulz errangen die Deutschen und Sozialisten die Mehrheit mit zusammen 9 Sitzen. In Fordon erhielten Deutsche und Juden 3 Mandate, in Rakel errangen die Deutschen 1 Mandat. Sonntag wählt Bromberg.

## Hohenzollern in Not.

Die prozessieren zwar mit dem Staate sehr eifrig, sie jammern wie alle Großgrundbesitzer über die schlechten Zeiten, aber das Geld scheint bei ihnen doch nicht auszugehen. Wenigstens nicht bei dem Prinzen Sigismund von Preußen auf Haus Glienitz bei Potsdam. Im August d. J. gab er nicht weniger als 6783,65 Mark für Perferetteppiche aus. Die Landwirtschaft wirkt also erheblich leberschüßig ab. Von dem Betrag, den der Hohenzollerprinz in einem Monat für seine Teppiche ausgibt, leben andere Familien jahrelang. Die Hohenzollerprinzen scheinen jedenfalls keine Not zu leiden. Durch den Widerstand aller bürgerlichen Parteien gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Abfindung unserer ehemaligen Potentaten sind die Herrschaften insofern, ein offenbar sehr sorgensreiches Leben zu führen. Hohenzollern in Not!

## Flaute Börse.

Die gestrige festere Haltung konnte heute nicht behauptet werden. Man glaubt die Nachrichten aus Locarno ungünstig anzusehen zu müssen, auch verstimmen die Extrawünsche Thyssens, die bereits weitere Werte zu neuen Forderungen angesetzt haben. Im übrigen werden dauernd Wünsche und Gerüchte über großen Geldbedarf in der Industrie laut. Die Geschäftstätigkeit war heute minimal, die Tendenz einheitlich matter als im weiteren Verlaufe auf Grund der ermäßigten Kurse holländische und englische Käufe vorgenommen wurden, trat eine kleine Befestigung ein, die sich namentlich auf Montanaktien und hier wieder auf Phönix richtete. Die Montanaktien lagen zu Beginn sämtlich bis zu 2 und 2½ Proz. matter, oberschlesische Werte dagegen verhältnismäßig widerstandsfähig, vor allem Schlesische Zink und Lauras. Phönix im weiteren Verlaufe gebessert. Kalkstein bis zu 1½ Proz. nachgebend, auch Harbaktien abwärts, nur Riebel behauptet. Von Elektrowerten konnten sich Accus und Deutsch-Atlantien befestigen, sonstige Industrieaktien lagen stiller und nachgebend, Sarotti fest. Der Rentenmarkt ist für heimische Werte etwas freundlicher, Ungarn vernachlässigt. Der Geldmarkt ist leicht, aber zu veränderten Sätzen. Seitens der Verkehrsbank wird täglich Geld zu 8½ Proz. an die Großbanken gegeben.

Die Telephon- und Telegraphenverbindungen mit Griechenland sind unterbrochen, wie aus Besagel gemeldet wird. Ueber die Ereignisse, besonders über die Verhängung des Belagerungszustandes können keinerlei Mitteilungen hierher gelangen.

Uffschersin, der am Dienstag mit Botschafter Kreffstin Hindenburg besuch hat, geht zur Kur nach Meran im sächsisch-gemeinde-ten Sädirel.

## Der Optimist.

Von Paul Gutmann.

Im Mundstund und in der ihm verwandten Presse lebt noch vorzugsweise jener Glaube, der bekantlich Berge verleiht, dieweil somit nicht mehr viel zu verfehlen ist. Ansonsten giebt es von Zeit zu Zeit eine Sauerwässerung, eine Denkmalsentzündung — andere Entzündungen gelten als Landeserrort — eine Interessentenkonferenz, und überall ertönt als Einleitung die innige Baktimme jenes Mannes, der den Glauben an die Zukunft hochhält. Es ist immer ein anderer und scheint doch immer derselbe. Der Platz, auf dem er steht, ist der Gemeinplatz. Soll Siegesbegeisterung schwingt er stolz die Fahne des Ideals. Er kennt als Politiker zwar nur Gegenläge: schwarz und weiß. Aber wenn er voll und ganz seine Blut ausströmen darf, so kommt noch ein leuchtendes Rot hinzu. Zu einer richtiggehenden nationalen Tagung gehört der Optimist wie die Luft zum Film. Wenn hier die gierige Faust des Verführers die zarte Mädchenblüte kniet, so versöhnen uns die süßen Klänge einer Opernarie. Im Kampf ums Dasein eines Kolonialjünglings macht der Optimist Bäume, und im Del seiner Beredsamkeit glätten sich alle feindlichen Strömungen. Er zieht in tiefer Weisheit das Richtsagende der verlegenden Deutlichkeit vor. Kosig malt er die Zukunft und verschweigt taktvoll die rauhe Gegenwart. Im Krieg nannte er eine verlorene Schlacht zartfühlend eine Zurücknahme der Front. So hat er für das infame Wort: Massenkampf den bescheidenen Ausdruck: Reinigungsverschiedenheit. Alles läßt sich nach seiner Meinung überbrücken. Seine Weltanschauung ähnelt jener, die auf dem Münchner Obelsten in Erz gemeißelt ist. Da heißt es von den vielen tausend Landbestindern, die, vom König an Napoleon ausgeliefert, in Auhalands Schneewüsten umgekommen waren: „Auch sie starben für das Vaterland.“

Da, das Vaterland ist des Optimisten Lieblingsdomäne. Für das Vaterland heißt er jeta Thema zu Tode; für das Vaterland boucht er seine letzte Probe aus. Auf den Geigen, von denen sein Himmel voll ist, spielt er patriotische Wellen und andachtsvoll lautst er der inneren Stimme, die alles gutheißt. Sein Auge glänzt, seine Lippe ist leicht, sein Blastron und sein Bauch sind edel gerundet. Jede bessere Bereinigung, die etwas auf sich hält, jede stramme Ortsgruppe hat ihren Optimisten. Er ist der goldstropfende Portier, der Vertrauen einflüßt und Schlichtangezogene zurückhält. Optimismus ist nur etwas für Gutgekleidete und solche, die es werden wollen. Er ist fröherhaltend und hält daher üble Manieren und Kritik fern. Wo der Optimist seines Amtes waldet, da herrscht von vornherein ein guter Ton.

Der Optimist giebt daher immer mit dem Erfolg. Erfolgreiche, Pechvogel sind Pessimisten. Deshalb triert seine Beredsamkeit vor hantler Wohlwollen für alle diejenigen, die etwas erreicht haben.

Aber man braucht nur mit ihm herzu zu reden, so wird alles gut werden.

Tadel unbraucht überall den Optimisten. Wie gut muß unsere Sache sein, sagen die Kandidaten jeglicher Pleite, wenn dieser Mann so vom Gegenteil überzeugt ist. Dafür wird er bezahlt, mit Bier beköstigt oder beglückwünscht. Sein Rome wird dereinst gerühmt, auch wenn er der schlechteste Russtau gewesen ist, als der eines Mannes, der Sonne im Herzen hatte.

## Ein griechisches Pompeji.

Das „Theaterquartier“, das von der französischen Archäologischen Schule in Athen aus Delos ausgegraben worden ist, besitzt für die Erkenntnis des altgriechischen Alltagslebens eine einzigartige Bedeutung. Nirgends sonst in Griechenland ist ein so vollständiger und gut erhaltener Komplex von Gebäuden ausgegraben worden, der ein durchschnittliches Wohnviertel einer altgriechischen Stadt darstellt. Mit vollem Recht hebt daher Chamouard in seinem Werk, das er dem „Theaterquartier“ jetzt widmet, hervor, daß dieser delische Stadtteil für unsere Anschauung vom griechischen Hause in der hellenistischen Epoche, also im 3. und 2. vorchristlichen Jahrhundert, die gleiche Bedeutung hat wie Pompeji für unsere Kenntnis des römischen Hauses im 1. nachchristlichen Jahrhundert. Zwar hat das Theaterquartier nicht die Ausdehnung von Pompeji; die Wohnungen, die hier freigelegt wurden, sind weniger prächtig und haben nicht den reichen Schmuck; aber für die Archäologie sind sie nicht weniger wertvoll, denn sie liefern ein unerschöpfliches Material für die griechische Privatarchitektur, für unsere Anschauung davon, wie die Griechen der spätklassischen Zeit lebten. Wir kannten ja bisher eigentlich nur das Griechentum der Tempel, der Theater und Statuen. In welcher Umgebung sich der Durchschnittsgriech der jener Tage bewegte, wird uns erst durch dieses „griechische Pompeji“ klar.

Ein Besuch von Delos führt uns in diesen Alltag der klassischen Zeit ein und zeigt uns die Umwelt, in der der Durchschnittsgriech seinen Geschäften nachging, die Straßen, durch die er Tag für Tag ging, das Haus, in das er zurückkehrte, nachdem er an einem Opfer im Tempel oder an einer Vorstellung im Theater teilgenommen. Der Rahmen seines häuslichen Lebens wird uns hier enthüllt, und wir können uns im Hinblick dieser Steine, dieser unveränderten Mosaiken, der mancherlei Zeichen der Benutzung dieser Häuser, das intime Leben der Griechen vor 2000 Jahren, ihre stillen Freuden und Leiden, ihr Dasein im „Schloß der Familie“ vergegenwärtigen. Das ist ein sehr viel bescheideneres und nüchterneres Bild, als dasjenige, das die großen Tempelstätten von Delphi und Olympia, das die athenische Akropolis mit ihren Burgen und Palästen offenbart. Chamouard hat in seinem Werk alle Einzelheiten über das griechische Haus zusammengetragen und schildert die Anordnung der einzelnen Räume, die hygienischen Anlagen, die Einrichtung der verschiedenen Stodwerke, die Wasserzufuhr, die Fragen des Verschusses der Tore und Türen usw. So bringt er uns die Zeit der griechischen Klassik menschlich näher und erschließt uns eine neue, stille und intime Welt aus diesem „griechischen Pompeji“.

Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. hat am 1. Oktober ihren fünften Lehrgang eröffnet. In diesem Lehrgang nehmen 60 Hörer teil. Von ihnen sind 41 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund entsandt und zwar auf Grund des „Kulturbeitrages“, den die freien Gewerkschaften seit einigen Monaten von ihren Mitgliedern erheben. Drei Hörer hat die Stadt Frankfurt aus den Reihen ihrer Arbeiter, Angestellten und Beamten entsandt. Zwei Hörer nehmen an dem Lehrgang teil auf Grund eines nassauischen Stipendiums. Die 14 übrigen Hörer kommen aus eigenen Entschlüssen und auf eigene Verantwortung, allerdings erhalten die meisten Studienbeihilfen von Städten, Ländern, Provinzen und Volkshilfseinrichtungen; so gewährt zum Beispiel der Landesoberpräsident in Schleswig-Holstein drei Hörern bedeutende Stipendien.

Die christlichen Gewerkschaften haben auch in diesem Jahr offiziell keine Hörer entsandt. Doch gehören von den Hörern, die auf eigene Kosten kommen, 5 christlichen Verbänden oder Vereinigungen an. Besonders zu begrüßen ist es, daß sich 5 Frauen unter den diesjährigen Hörern befinden. Die Leitung des fünften Lehrgangs liegt in den Händen von Herrn Dr. Ernst Michel.

Entdeckung südafrikanischer Wästeniedelungen. Nach seiner Rückkehr nach Johannesburg von einer Expedition zu dem Gebiet des ausgetrockneten Sees in der Kalahari-Wüste erklärte Professor Schwarz, daß er bisher unbekantete Ortschaften und weite Strecken fruchtbarer Landes entdeckt habe. Man stellte bei diesem Erkundungsvorstoß am Sambesi entlang fest, daß der ausgetrocknete Ngani-See heute eine große, mit Gras bedeckte Ebene bildet, auf der zahllose Kinderherden leben. Die Expedition folgte in Ubaumböden dem Laufe des Botletli-Flusses. Der Wald sei im Absterben begriffen und mache Dorndüschigen Platz. Die Bevölkerung der Flußufer gehöre zu dem großen Stamme der Kafalatas, der nicht afrikanischen Ursprungs, jedoch vermutlich ein Zweig der Kafalatas auf Madagaskar sei. Diese Stämme bewohnten zahlreiche Dörfer, umgeben von riesigen Reisfeldern. Manche dieser Siedlungen seien von bedeutender Größe und eine davon habe einstmals den Einfuhrhafen zum Ngani-Land gebildet, von dem regelmäßig große Barken zu dem jetzt ausgetrockneten Ngani-See verkehrten.

Die Volksbühne bereitet für die Spielzeit 1925/26 folgende Aufführungen vor: „Der Herr von Salsland“ von Gräbe, „Das trauere Schiff“ von Paul Jess, „Der heilige Don Quixote“ von Unalshardt. Außerdem schweden Verhandlungen mit Wlons Pauzet, Rolf Landner und Marcel Richard über Aufführungen ihrer jüngsten Werke.

Die Juryfreie Kunstschau am Lehrer Bahnhof III täglich von 10 bis 4, an freien Tagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Vorträge. Statt Gerhard Hauptmann hat Thomas Mann den ersten diesjährigen Dichterabend des Verbandes Deutscher Erzähler übernommen, und zwar für Montag, den 19. Okt., 8 Uhr, im Herrensaal.

Der Bund Deutscher Gitarren- und Contenpieler hat Eden Scholander eingeladen, wieder in Deutschland zu konzertieren. Scholander wird am 6. Oktober dieses Vereinsabend am 10. Oktober im Herrensaal spielen.

# Die Betrugspartei.

Ein Urteil aus dem eigenen Lager.

Den vielen Grüppchen der Rechtsparteien im Berliner Rathaus, die meistens in den politischen Bahnhöfen einhertrippeln, passieren zuweilen so kleine Wahrheiten. Zum Beispiel ist da der Wahlvorschlagn „Deutschnationaler Bund der Hauswirte“ von dem deutschnationalen Stadtwahlleiter Dr. Richter beanstandet worden, „weil er eine Irreführung der Wähler der Deutschnationalen Volkspartei befürchtet“. Nun, man kann die Bedenken des Herrn Richter verstehen; er hat ja schließlich Ursache dazu. Denn wenn selbst die Hausbesitzer nicht mehr mitmachen, wer wählt denn noch deutschnational. Das wird auch ebenso treffend wie liebenswürdig in einem Protest des Bundes der deutschnationalen Hauswirte an das Hauptwahlamt Berlin erörtert. Wir lassen das klassische Schreiben, unter Beglückung einiger unwesentlicher Stellen, im Wortlaut folgen:

Berlin, den 6. Oktober 1925.

An das Hauptwahlamt Berlin

Berlin C., Rathaus, Zimmer 16.

Auf das Schreiben vom 3. Oktober erwidere ich ergeblich folgendes: Der Stadtwahlleiter hat das Kennwort unseres Wahlvorschlages: „Deutschnationaler Bund der Hauswirte“ beanstandet, weil er eine Irreführung der Wähler der Deutschnationalen Volkspartei befürchtet. Das Wort „Deutschnational“ soll geeignet sein, diese Irreführung herbeizuführen. Wir bestreiten, daß ein normal veranlagter Wähler nicht inlands sein soll, die Bezeichnungen „Deutschnationale Volkspartei“ und „Deutschnationaler Bund der Hauswirte“ zu unterscheiden und sind der Ansicht, daß es heißt, die deutschen Wähler geradezu beleidigend minderwertig einzuschätzen, wenn man ihnen dieses Unterscheidungsvermögen abspricht. Wer das nicht unterscheiden kann, kann überhaupt nicht lesen und nicht schreiben und das deutsche Volk besteht doch nicht aus lauter Analphabeten. Die Deutschnationale Volkspartei hat kein Monopol oder Prioritätsrecht auf das Wort „Deutschnational“, sie ist auch nicht die erste gewesen, die dieses Wort benutzte, sondern schon 20 Jahre früher gab es einen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. ... Als die Sozialdemokratische Partei sich spaltete in Sozialdemokratische Partei Deutschlands und in Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hat niemand diese Kennwörter dieser Parteien beanstandet, trotzdem sie in der Tat sehr ähnlich klingen. Sollten wirklich die deutschnationalen Wähler beschränkter sein als die sozialdemokratischen??? Bei der letzten Reichstagswahl gab es nicht weniger als drei Aufwertungs- und Aufbauparteien und diese Bezeichnungen wurden nicht beanstandet. Diesmal gibt es eine Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes und eine Deutsche Mittelstandspartei. Das sind sehr ähnliche Bezeichnungen. ... Bei unserem Kennwort ist lediglich das Wort „deutschnational“ gemeinsam, alles andere ist verschieden!!! Wer das nicht unterscheiden kann, kann auch schwarz und weiß nicht unterscheiden. Es kommt nicht darauf an, ob es gelingt, irgendeinen schwachsinnigen Menschen heranzuschleppen, der so blöde ist, daß er beide Bezeichnungen verwechselt, sondern darauf, ob ein normaler Mensch den Unterschied sieht. ... Nicht freiwillig, sondern nur wenn wir durch eine uns unangenehme Entscheidung des Wahlausschusses dazu gezwungen würden, würden wir das Kennwort umändern in „Staatsmanns Bund der Hauswirte“, wobei wir uns durchaus bewußt sind, daß durch diese plötzliche Veränderung unseres Namens, den wir seit fünf Jahren führen, unsere Wahlausichten bedeutend verschlechtern würden, da die meisten gar nicht wüßten, daß es sich um den Deutschnationalen Bund der Hauswirte handelt und wir gar nicht in der Lage sind, unsere Wähler in der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit zu verständigen. Im übrigen ist es gerade heute höchst zweifelhaft, wer mehr Anspruch auf die Bezeichnung deutschnational hat, wir oder die Deutschnationale Volkspartei, die sich öffentlich als Betrugspartei beschimpfen läßt und nichts darauf zu erwidern weiß. Uns hat noch niemand Betrüger geschimpft. ... Wir treten immer für ehrliche, volle Aufwertung ein. Wir stehen auf deutschnationalem Boden und lassen uns deshalb auch nicht das Recht, die Bezeichnung „Deutschnational“ zu führen, streitig machen. Es fragt sich noch sehr, wer die wahren Deutschnationalen sind. Zu Deutschnational gehört Ehrlichkeit und was man verspricht, muß man auch halten. Wir bitten den Wahlausschuß, die Beanstandung unseres mit Recht geführten Kennwortes zu verwerfen.

Deutschnationaler Bund der Hauswirte. Stoegemann.

Ob die deutschnationale Partei wohl von dieser Seite solche markigen und treffenden Bemerkungen erwartet hat. Es ist doch immerhin nicht ganz angenehm, sich von Besinnungsgenossen folgen lassen zu müssen, daß das Wort „Betrugspartei“ nicht so ungerechtfertigt war und daß zum deutschnationalen Wesen Ehrlichkeit gehört und die Bedingung, daß man auch hält, was man verspricht.

Anbeantwortet bleibt vor allem die Frage: Wer sind nun die wahren Deutschnationalen: Die Protoertreuer oder die Hauswirte?

## Der Autounfall am Lühowufer.

Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg.

Der folgenschwere Autounfall, der sich am 8. Januar dadurch ereignete, daß ein Autoomnibus zwischen der Bendlerbrücke und Genthiner Straße umkippte, wodurch ein Fahrgast getötet und 36 weitere mehr oder weniger schwer verletzt wurden, beschäftigt gegenwärtig in einer mehrwöchigen Verhandlung das Große Schöffengericht Schöneberg.

Die Verhandlungen, die heute früh begannen, finden mit Rücksicht auf die große Zahl der geladenen Sachverständigen im Schwurgerichtssaal statt. Die von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman erhobene Anklage richtet sich sowohl gegen den Kraftwagenführer des Autoomnibusses Karl Reumann als auch gegen den praktischen Arzt Dr. Max Silberberg, der sein Auto an dem verhängnisvollen Tage lenkte und angeblich durch ein Ueberholen des Autoomnibusses mit dem rechten Rad den Raddeckel des linken Rades des Autoomnibusses gestreift haben sollte. Beide Angeklagte haben sich daher unter der Anschuldigung der fahrlässigen Körperverletzung und in einem Falle wegen schwerer Körperverletzung mit Todesausgang zu verantworten. Zunächst wurde der Angeklagte Karl Reumann vernommen, der behauptete, daß er in gleichmäßiger Fahrt von der Potsdamer Brücke her gekommen sei; hinter der Bendlerbrücke aber habe ihn ein Privatwagen überholt und sein Auto am linken Rade berührt, was er durch den Rück am Steuer bemerkte. Der Privatwagen sei ohne Hüpen ganz schnell vorbeigefahren. Da er nun bemerkt hatte, daß er durch den Rück aus der Richtung und in eine kritische Situation kommen mußte, wenn der Wagen zu weit nach links auf die Bordschwelle käme, habe er die Bremse angezogen und mit dem Fuß den Motor abgestellt. Er mußte aber wohl infolge des Bremsens gegen einen Baum gekommen sein. Als der Wagen dann kippte, habe er sich noch auf dem Führersitz befunden. Es sei ihm nichts passiert und er sei dann sofort dem Privatwagen des Dr. Silberberg nachgelaufen, der schon über die Genthiner Straße hinaus hielt. Er habe sofort zu Silberberg gesagt, daß er ihn angefahren hätte. Dieser hatte erwidert, daß er nichts davon gemerkt hätte, aber der Chauffeur des Dr. Silberberg habe schon an dem Motor gearbeitet.

Nachmittagsvorstellungen in der „Kafete“. Während des Oktobers veranstaltet das Kabarett der Komiker, „Die Kafete“, in der Konfirade, Nachmittagsvorstellungen. Zur Aufführung gelangt die parodistische Operette „Das padis“ von Kurt Kobitsch

# Die Denkschrift Dr. Brauns.

Das Reichsarbeitsministerium zu der Aktiennotiz.

Ran mag von der Aktiennotiz des Dr. Reiffinger ein ziemliches Teil auf Konto der Betriebsamkeit und nicht geringen Selbstgefälligkeit dieses Herrn setzen, es bleibt immer noch ein erheblicher Rest peinlich zu tragen übrig. Das Reichsarbeitsministerium hatte sich zweifellos der Vornahme der Regierung angeschlossen, die ihr von dem Unternehmertum suggeriert wurde und die darin bestand, Lohnerhöhungen zu verhindern. Die als Gegengewicht gedachte Preissenkung läßt sich jetzt in ihrem Ergebnis so ziemlich überblicken; es bestätigt vollauf — gelinde gesagt — die starken Zweifel, denen die Ankündigung des Preisabbaus von vornherein begegnen mußte. Und solange im Reichsarbeitsministerium noch Schiedsprüche möglich sind, die im Braunkohlenbergbau eine zehnstündige Arbeitszeit und eine zwölfstündige Schichtzeit zulassen, solange kann sich dieses Ministerium zum Schutze der Arbeiter in Arbeitnehmerkreisen keine besonderen Sympathien erwerben.

Die „Aktiennotiz“ hat das Vertrauen der Arbeitnehmer gegen die Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums nicht erst hervorgerufen, sie hat vielmehr dem Faß den Boden vollends ausgeschlagen. Diese Aktiennotiz ist insofern zu begrüßen, als sie den Gewerkschaften einmal Gelegenheit gab, über die Wirksamkeit des Reichsarbeitsministeriums ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, wie auch dem Reichsarbeitsministerium sein Verhalten zu erklären, was in der Denkschrift geschehen ist, aus der wir hier das Wesentliche wiedergaben.

In der Frage der Lohnpolitik betont der Minister in der Denkschrift, stets den Standpunkt vertreten zu haben, daß es in erster Linie Sache der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen sei, sich über die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen zu verständigen. Nur wo eine solche Verständigung nicht gelinge oder eine Partei zu schwach sei, um die notwendige soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, greife das Reichsarbeitsministerium ein. Dabei beschränke es sich zunächst auf Bestellung eines Schlichters. Die Unabhängigkeit der Schlichter bezeichnet der Minister als besonders wichtig. Deshalb seien in Fällen, in denen das Reichsarbeitsministerium schon vorher mit der zu schlichtenden Angelegenheit befaßt war, absichtlich vom Reichsarbeitsministerium unabhängige aufsehende Personen zu Schlichtern bestellt worden, so insbesondere auch bei dem Arbeitskampf im Baugewerbe. Ständige Führung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen sei zulässig und zur Information notwendig. Das Reichsarbeitsministerium habe sich niemals allgemein gegen Lohnerhöhungen ausgesprochen, sondern jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung (!) der Arbeitsbedingungen begrüßt und sich im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen für den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingesetzt. Auch in den letzten beiden Monaten haben sich einer vom Minister beigelegten Übersicht Schiedsprüche oder Einigungen im Reichsarbeitsministerium fast durchweg Lohnerhöhungen, und zwar zwischen 3 und 10 Proz., erteilt.

Was die vom Reichsarbeitsministerium in den letzten Monaten ausgesprochenen Verbindlichkeitsverpflichtungen betrifft, so werden folgende Zahlen angegeben: Im September haben in sieben Fällen die Arbeitnehmer, in sechs Fällen die Arbeitgeber Verbindlichkeit beantragt; in vier Fällen wurde Einigung erzielt. Drei Arbeitgeber- und zwei Arbeitnehmeranträge wurden abgelehnt, je zwei Anträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde stattgegeben. Die in den letzten Monaten für verbindlich erklärten Schiedsprüche bringen Lohnerhöhungen bis zu 8 Proz. Auch die Begründung der Entscheidungen wende sich nirgends allgemein gegen Lohnerhöhungen und niemals sei Material dieser Art an die Arbeitgeberverbände gelangt worden. Auch abgesehen von den angeführten Beispielen der Verbindlichkeitsverpflichtung von Schiedsprüchen habe sich

die Stellung des Reichsarbeitsministeriums zu dieser Frage nicht geändert. So wünschenswert fortschreitende Selbstverantwortung und freie Verständigung der Parteien sei, so könne, zumal die Parteien selbst wirksame Tarifinstanzen leider nicht geschaffen hätten, eine Gesetzesänderung in der Richtung einer Preisgabe der Verbindlichkeitsverpflichtung nicht erfolgen. Ueber die viel erörterten Schlichterbesprechungen sagt der Minister, sie seien nach der Schlichterordnung zulässig und in der Praxis notwendig. Die Schlichter müßten sich über rechtliche, soziale und wirtschaftliche Fragen, das Reichsarbeitsministerium über die Anregungen und Erfahrungen der Praxis unterrichten. Ueber die Wirtschaftstagen werde regelmäßig vom zuständigen Sachbearbeiter des Reichswirtschaftsministeriums ein Vortrag gehalten, auch seien Vertreter der Sozialministerien der Länder zugegen. Schon die Größe des Teilnehmerfeldes, zu dem auch gelegentlich die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört haben, schließe eine unzulässige Beeinflussung der Schlichter aus. Tatsächlich seien bindende Anweisungen in lohnpolitischen Fragen niemals gegeben worden. Sehr ausführlich behandelt der Minister dann

die Fragen der Arbeitszeitgesetzgebung

und der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Der Standpunkt der gegenwärtigen Reichsregierung sei unverändert der gleiche wie derjenige des früheren Kabinetts. In Bern sei zwischen den Arbeitsministern von Frankreich, Belgien und Deutschland die Ratifizierung nicht vereinbart worden. Man habe damals nur gemeinsam den Eindruck festgestellt, daß es möglich sein würde, zu einer gemeinsamen Ratifizierung zu gelangen. Tatsächlich habe nur Frankreich ratifiziert, aber unter der Bedingung,

und Paul Morgan, Rusit von Billy Rosen, die gestern ihre hundertste Wiederholung erlebte. Das Stück wirkt noch immer, trotzdem es reichlich abgepielt ist. Über das Beiprogramm fällt manchem aus dem Rahmen dieses Kabarett heraus. Zauberfächer, die Kartentanzstücke und Technisches vorführen, sind ganz unterhaltend, passen aber wenig in das Programm der „Kafete“. Und das Chanson, mit dem Leo Balberg, ein ausgezeichneter Conferencier, aufwartet, ist bereits dagewesen und erinnert zu sehr an „Rur eine Nacht“ und ähnliche Dinge. Ausgezeichnet allein ist Billy Rosen, der Schloßer aus seiner Operettenpartie „Apostel“ vorträgt.

Drei Nachtanzstatten ausgehoben.

Eine Warnung, die zu spät kam. Nach kurzer Pause scheinen neuerdings die Nachtanz-Unternehmungen wieder zur Blüte gelangt zu sein. In den letzten Nächten wurden drei derartige Vergnügensstätten von dem Sonderbezirksamt der Kriminalpolizei ausgehoben. In einem der alten Häuser der Hedemannstraße in der Nähe der Königsgräberstraße waren in einem Keller, der höchst dürftig ausgestattet war, eine Anzahl Personen verammelt, die von den eindringenden Beamten zur Feststellung ihrer Personalien mit zur Wache genommen wurden. Wesentlich eleganter war der Nachtbetrieb in einem Bureauraum in der Zimmerstraße, in dem tagsüber eine Konfektionsfirma tätig ist. Die Geschäftsinhaber hatten keine Ahnung, welchen Zwecken ihr Bureau zur Nachtzeit diene. Die nüchternen weißen Arbeitslampen waren nachlässigerweise mit roten und violetten Schleiern verhängt worden, vermutlich, um „Stimmung“ zu erzielen. Während die Polizei noch mit der Aufnahme

daß auch Deutschland ratifiziere, wobei man in Frankreich sehr gut wisse, daß Deutschland ohne England und Belgien nicht ratifizieren kann. England aber, wo ja inzwischen ein Regierungswechsel eingetreten ist, habe die Absicht der Ratifizierung nicht mehr erkennen lassen.

Inzwischen habe das Reichsarbeitsministerium alle nach dem Personalabau noch verfügbaren Referenten des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsarbeitsverwaltung für eine befriedigende deutsche Regelung eingesetzt. Einmal handelte es sich darum, die Arbeiten zur Durchführung des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu fördern. Der Reichswirtschaftsrat wurde am 9. Oktober 1924 gebeten, die als besonders dringlich erachtete Regelung für Hochöfen- und Kokeretriebe vorweg zu erledigen. Nach mehrfachem Drängen des Reichsarbeitsministeriums habe am 10. Januar 1925 das Gutachten des Reichswirtschaftsrates erhalten und am 20. Januar 1925 die Verordnung über die Arbeitszeit in Hochöfen und Kokeretriebe erlassen. Das Reichsarbeitsministerium habe mit den Landesregierungen vereinbart, daß von der Befugnis des Infraterritoriums aus Artikel 2 der Verordnung gar kein und von behördlichen Ausnahmegenehmigungen nur ein möglichst sparsamer Gebrauch gemacht werden soll. Dem sei auch entsprochen worden.

Für die endgültige Regelung der Arbeitszeitgesetzgebung habe das Reichsarbeitsministerium die Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem paritätischen Ausschuss angestrebt. Als dieser endlich zustande gekommen sei, hätten die Arbeitgeber sich auf den Standpunkt gestellt, man könne an eine endgültige gesetzliche Regelung erst herantreten, wenn die vollen Auswirkungen des Dames-Planes sich übersehen ließen. Schließlich habe sich gezeigt, daß die gesetzliche Regelung nicht auf die reinen Arbeitszeitvorschriften für erwachsene männliche Arbeiter beschränkt werden könne, sondern daß man die besonderen Arbeitszeitbeschränkungen für Frauen, Jugendliche und Kinder mit einarbeiten müsse, wie auch die Vorschriften über Sonntagsruhe.

Das geplante Arbeitszeitgesetz

soll zu einem vollständigen Arbeiterschutzgesetz ausgestaltet werden, das mit dem Rüst der jetzt in Gewerbeordnung, Ausführungsverordnungen, Arbeiterschutzgesetz, Demobilisationsverordnungen und Arbeitszeitverordnung zersplitterten Bestimmungen reinen Licht mache und eine einheitliche Regelung von dem gesamten Arbeiterschutz einschließlich der Arbeitszeit bringe.

Die Arbeiten seien mit äußerstem Nachdruck und ohne Rücksicht auf die Urlaubszeit gefördert worden. Mehr als 60 Sitzungen haben dazu stattgefunden, der Minister selbst habe die Arbeiten dauernd überwacht. Der Ministerialdirektor Söhler habe noch selbst am 17. August 1925 nach Ausweis der Akten seinen Vertreter schriftlich beauftragt, die Arbeiten beschleunigt und umfassend zu fördern, dazu ins einzelne gehende Anweisungen gegeben und mit den Worten geschlossen: „Bei der Wichtigkeit des Arbeiterschutzgesetzes müssen sonstige Arbeiten unbedingt hinter diesem zurücktreten.“ Tatsächlich liegt zurzeit bereits ein abgeschlossener Kommissionsentwurf vor, der allerdings noch eingehender Nachprüfung bedürftig.

Der Minister schließt mit dem Hinweis, daß sich das Reichsarbeitsministerium in all seinen Teilen auch heute noch mit derselben inneren Überzeugung und mit der gleichen Unparteilichkeit für den sozialen Fortschritt einsetze, wie es das seit jeher getan habe.

Reben dieser Darstellung des Ministers geht den Gewerkschaften noch eine ausführliche Mitteilung des Ministerialdirektors Söhler zu, in der er im Anschluß an die von den Gewerkschaften aufgestellten 22 Fragepunkte den tatsächlichen Inhalt seiner Unterredung mit Dr. Reiffinger und dessen Mißverständnis im einzelnen darlegt.

Das Reichsarbeitsministerium versichert, es habe sich für jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt. Hier taucht die Frage auf die den Kern der Dinge berührt. Was ist wirtschaftlich tragbar? Wer zieht den Rahmen des wirtschaftlich Möglichen? Für die Unternehmer ist die Lohnbelastung, die Sozialbelastung, ist längst alles untragbar, was irgendwie den Profit beengt. Schließlich kommt es doch aber auch mit darauf an, was für die Arbeiterschaft tragbar ist. Auch darauf muß wohl oder übel Rücksicht genommen werden. Der deutsche Arbeiter kann sich nicht zu dem Experiment der Unternehmer gebrauchen lassen, zu erproben, mit wie wenig Lohn er noch vegetieren kann.

Bezeichnend ist, daß das Reichsarbeitsministerium extra versichern muß, es habe sich nicht allgemein gegen jedwede Lohnerhöhung gewandt. In Fällen, in denen selbst die Unternehmer einsehen, daß sie nicht ganz ohne eine Zulage davonkommen, wird es nicht gut möglich sein, die Lohnforderung prinzipiell abzuweisen. Es kommt auf die Fälle an, in denen die Unternehmer sich absolut weigern, eine Lohnerhöhung zuzugestehen.

In dem trüben Kapitel der Zwölfstündenschicht an Hochöfen und in Kokeretriebe sei nur auf die Entscheidung des Oberbergamts Breslau hingewiesen, das die Verordnung des Reichsarbeitsministers für die oberösterreichische Montanindustrie „aus Gründen des Gemeinwohls“ einfach außer Kraft setzte, den Zehnstundentag bis Ende d. J. verlängerte. Wir hoffen, daß durch das angekündigte Arbeitszeitgesetz die Frage der Arbeitszeit in absehbarer Zeit eine befriedigende Regelung findet.

Im übrigen wird durch die fernere Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums, dessen schwierige Stellung nicht verkannt werden soll, das Mißverständnis der Aktiennotiz zu erweisen sein.

des Bundes beschäftigt war, lautete das Telephon. Erst nach längerem Suchen entdeckte man den Apparat unter einem mit Stoff bezogenen Tisch. Eine ängstliche schluchternde Stimme teilte mit, daß die Polizei im Anzuge sei, und daß man sich schnellst aus dem Saale machen solle. Der am Apparat stehende Beamte dankte verbindlich für die gutgemeinte Warnung, die für den Unternehmer und die Gäste leider zu spät kam. Schließlich wurde noch eine sehr luxuriöse Nachtanzstätte in der Grünwaldstraße ausgehoben.

Zeugen gesucht! Zeugen, die am 4. September 1925 gegen 12 Uhr mittags den Autobus, Linie 2, benutzten und beobachtet haben, wie der Schaffner mehrmals fragte „Wer bekommt den Fahrchein?“ ohne daß sich der betr. Herr, für den er bestimmt war, meldete, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten. Insbesondere wird der betr. Herr um Mitteilung von Namen und Wohnung erucht. Der Schaffner ist dieses Verfalls wegen unter dem Verdacht des Betruges entlassen worden. Gest. Aufklärer erbeten an Johannes Rößlermann, Berlin N. 31, Grünwaldstr. 40, II. Etz. IV.

Die Humboldt-Hochschule eröffnet ihre Arbeit durch eine Feier am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, Aula Dorstchowsk 12, mit einer Ansprache des Vorsitzenden Prof. Dr. Gramann: „Die geistige Krise der Gegenwart“, und einem Lichtbildvortrag des Stabintendanten Schuber: „Mit der Humboldt-Hochschule durch die Welt.“

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis Berlin. Erste Abend 7 1/2 Uhr: Sozialistische Parteiverammlung in dem bekannten Saal.

### Unsere Wählerversammlungen.

Zu dem Bericht über unsere gestern abgehaltenen Wählerversammlungen tragen wir noch folgende Beratungen bei:

In der Versammlung des Bezirks Mitte, die in den Räumen des Reichstages tagte und die von den Wählern und Wählerinnen außerordentlich stark besucht war, so daß viele später Kommende umkehren mußten, sprach zunächst Genosse Scheidemann, bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt. Er gab einen historischen Überblick und erinnerte daran, daß vor Jahrzehnten, als die Partei das erstmalig sich mit eigenen Kandidaten an der Stadtverordnetenwahl beteiligte, sich keineswegs alle Genossen über die Bedeutung der Wahl einig waren. Heute denkt niemand mehr daran, den Bürgerlichen das Feld zu überlassen. Nachdem Scheidemann näher auf die politische Lage eingegangen war, forderte er unter lebhaftem Beifall die Anwesenden auf, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie nur den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben. Stadtverordneter Genosse Wendt ging mit den Parteien rechts und links von uns im Rathaus scharf ins Gericht. Die Versammlung war ein verheißungsvoller Auftakt unserer Wahlarbeit im Herzen Berlins. — Die Genossen des Prenzlauer Bergs hatten in der Oberrealschule in der Pasteurstraße ihre Wählerversammlung veranstaltet. Langtagsabgeordneter Genosse Negele hielt ein Referat über die neue Zollpolitik und die Steuererhebung. Der Vortrag des Genossen Dr. Weinberg, der für die Wahrung der sozialen Interessen der Groß-Berliner Bevölkerung in der Stadtverwaltung sprach, fand den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Der Gesangsverein „Prenzlauer Berg“ umrahmte die Kundgebung wirkungsvoll mit gesanglichen Darbietungen. — Die glänzend besuchte Versammlung in Charlottenburg nahm mit lebhaftem Beifall das Referat des Genossen Liebke entgegen, der die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen behandelte. Er geißelte scharf das Verhalten der Deutschnationalen und der Volkspartei, wobei er daran erinnerte, was diese beiden „Volksparteien“ während der letzten Wahlen versprochen und später nicht gehalten haben. Genossin Stadtverordnete Niedger behandelte die kulturellen Aufgaben der Stadtgemeinde und fand die lebhafteste Zustimmung der Versammlung. Während der Rede erschienen plötzlich im Saal eine Anzahl junger Burschen vom Roten Frontkämpferbund. Ihr ganzes Auftreten ließ erkennen, daß sie es auf eine Verarmungsstörung abgesehen hatten. Durch das energische Eingreifen unserer Genossen konnte das jedoch vereitelt werden. Der Vorkauf war eine treffliche Illustration zu dem plumpen Anbiederungsversuch, den die Kommunisten aus Anlaß der Stadtverordnetenwahlen bei uns gemacht hatten. Als letzter Redner sprach noch Genosse Scheidemann. — In Reinickendorf-Ost hatte Genosse Aufhäuser das politische Referat übernommen. Der Beifall, den er erntete, bewies, daß die Sozialdemokratie hier im Norden Berlins an führender Stelle steht. Das mußte auch ein Trupp Kommunisten erfahren, der vor dem Lokal die Versammlungsteilnehmer besichtigte. — Die Genossen Robert Schmidt und Fritz Probst geißelten in der Wählerversammlung in Panitzsch die gewissenlose Stellungnahme der Rechtsparteien im Stadtparlament und in der großen Politik. Besonders Probst wies darauf hin, wie gerade die Sozialdemokratie im Rathaus die vorwürfsdringende Führerin bei der Fürsorge, der allgemeinen Wohlfahrt, der Vertretung der Mieterinteressen und nicht zuletzt bei den städtischen Werken gewesen ist. Großer Beifall dankte den Rednern und ein Hoch auf die Sozialdemokratie beschloß die Kundgebung. — Zahlreich war die Zuhörerschaft, die in Mariendorf die Vorträge der Genossen Lüdemann und Platow anhörte. Der Versammlungsleiter gab einige bisher nicht bekannte Einzelheiten über den Kassenraub im Bezirk Tempelhof zum besten und forderte die Zuhörer auf, am heutigen Abend in der Bezirksversammlung die Anklagen unserer Parteigenossen gegen die verantwortlichen Personen anzuhören. Das begeistert ausgenommene Hoch auf unsere Partei bewies das Einverständnis der Anwesenden mit unseren Zielen.

### Der Gutsbesitzer als Falschmünzer.

Die Nürnberger Kriminalpolizei entdeckte in diesen Tagen auf einem Gut in der Nähe von Ruppertshegen bei Hersbruck eine vollkommen modern eingerichtete Falschmünzwerkstätte mit Krastanlage. Alle einschlägigen Maschinen waren vorhanden, ebenso verschiedene Stempel zur Anfertigung von Stücken zu 50-Rentenpfennig und 2- und 3-Mark. Es wurde festgestellt, daß der Gutsbesitzer mit seinem Kraftwagenführer und mit Hilfe weiterer Personen in wochenlanger Arbeit die Maschinen montiert und schon eine Menge 50-Pfennigstücke geprägt hatte. Die Prägung der 3-Markstücke war nicht gelungen. Nach fachmännischen Gutachten wäre der Besitzer dieser Falschmünzwerkstätte in der Lage gewesen, täglich bis zu 25.000 Stück Falschstücke herzustellen. Es wurden Falschstücke gefunden. Die Untersuchung wird ergeben, ob und inwieweit bereits Falschstücke in den Verkehr gebracht worden sind. Die Festnahme der Täter verhinderte die Auslieferung der in großem Stil vorbereiteten Falschmünzerei. Außer dem Gutsbesitzer wurden ein Graveur aus Augsburg, bei dem die Polizei acht Stempel beschlagnahmte, und der Verwalter des Gutshofes in Haft genommen.

### Zum Freispruch Rostoffs.

Wien, 6. Oktober (Eigener Drahtbericht). Zum Freispruch des röstlichen Mörders des Schriftstellers Bettauer schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: „Wenn Rostoff wahnhaftig ist, so ist er ein selbstloser Führer der Volksfront, die ihn zu einem Helden gemacht haben. Ist er aber nicht irrsinnig, so ist der Bursche, der morden und mit einer feigen Komödie die Verantwortung verleiht, ein noch selbstloser Held. Entweder wahnhaftig oder verkommen. Die Hakenkreuzler, die ihn hervorgebracht, die Christlich-sozialen, die ihn gepriesen haben, mögen sich aussuchen, was ihnen als Heidentum mehr willkommen ist.“

Das englische Luftschiff R. 33, das vor sechs Monaten bei einem Sturm schweren Schaden gelitten hatte und inzwischen wiederhergestellt worden ist, überflog auf seiner Probefahrt London und landete nach neunstündiger Fahrt ohne Unfall in Durham. Die Leistung des Luftschiffs wird emftlich für vollkommen befriedigend erklärt.

Segelflugrekord eines deutschen Fliegers. Der deutsche Flugzeugführer Ferdinand Scholz hat bei einem internationalen Wettfliegen in Groboffia (Krim) mit 12 Stunden 6 Minuten 22 Sekunden den Weltrekord im Gleitflug geschlagen. Er hätte sich noch länger in der Luft gehalten, doch wurde er durch die einbrechende Dunkelheit zur Landung gezwungen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die AFA-Funktionäre gegen den Schiedspruch.

Eine AFA-Funktionärerversammlung nahm am Dienstag in den „Arminhallen“ zu dem Schiedspruch Stellung. Sie von Gottfurcht vertretene Auffassung des AFA ging dahin, den Schiedspruch nicht bedingungslos abzulehnen. Es sollte vielmehr versucht werden, unbeschadet der ablehnenden Stellungnahme des AFA und DWA durch nochmalige Verhandlungen mit dem BWA eine Verkürzung der bis zum 31. März 1926 festgesetzten Laufzeit des Schiedspruches durchzuführen. Diese Stellungnahme wurde damit begründet, daß die Verhältnisse innerhalb des AFA anders gelagert sind als in den beiden anderen dem AFA-Vertragskreis angehörenden Verbänden und daß für die Gruppen 1 und 2, denen eigentlich die meisten vom AFA erfassten Angehörigen angehören, eine wenn auch nicht erhebliche Zulage in Frage komme.

Rachdem noch Günther vom Butab und Rothe vom DWA die ablehnende Stellungnahme ihrer Verbände begründet hatten, setzte eine eingehende Diskussion ein. Fast sämtliche Diskussionsredner aller drei Verbände wandten sich mit aller Schärfe gegen die Annahme des Schiedspruches, der nicht nur durch seine lange Geltungsdauer, sondern auch wegen der minimalen Gehaltserhöhung der Gruppen 1 und 2 und der tatsächlichen Verminderung der Gehälter in Gruppe 3 und 4 unannehmbar sei. Die im Anschluß an die Diskussion vorgenommene organisatorische Abstimmung ergab die Ablehnung des Schiedspruches bei den AFA-Funktionären gegen eine schwache Minderheit, bei den Butab- und DWA-Funktionären einstimmig. Die onächst der Ablehnung des Schiedspruches notwendigen Beschlüsse werden von den drei Organisationen im engsten Einvernehmen miteinander gefaßt werden.

### Aus der Berliner Zahlstelle der Fleischer.

Da der bisherige Bevollmächtigte Benz die Redaktion des Verbandsorgans übernimmt, war die Stelle des Bevollmächtigten für Groß-Berlin neu zu besetzen. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. September war der bisherige zweite Bevollmächtigte Schulz einstimmig zum 1. Bevollmächtigten gewählt. Der größte Teil der Mitglieder der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes steht jedoch der kommunistischen Partei nahe, und Schulz lehnte daher die Annahme des Postens mit der Motivierung ab, daß die kommunistische Richtung auch den Bevollmächtigten stellen müsse.

In der außerordentlichen Generalversammlung am Dienstag in Börsers Festsaal wurde noch sehr heftiger Debatte der Kommunist Loos zum Bevollmächtigten gewählt. Es ist bemerkenswert, daß von 1000 Stimmberechtigten, die in der Versammlung anwesend waren, 450 ihre Stimme abgegeben haben. Von diesen 450 Stimmen erhielt Loos 250 Stimmen. Es scheint also, als ob selbst die meisten kommunistischen Mitglieder stark bezweifelten, daß Loos als Bevollmächtigter der richtige Mann ist.

### Beendete Lohnbewegung in der Seifenindustrie.

In einer Versammlung der Seifenarbeiter Groß-Berlins am Montagabend im Gewerkschaftshaus berichtete Karl Koch vom Fabrikarbeiterverband über die Lohnverhandlungen und erklärte einleitend, daß bei allen Verhandlungen in letzter Zeit die Arbeitgeber stets auf „den bevorstehenden Preisabfall“ hinwiesen. Die Arbeiterseite hat bis heute von einem Preisabfall nichts gemerkt. Die Arbeitgeber der Seifenindustrie haben die Verhandlungen lange hingezogen. Die erste Verhandlung verlief völlig resultatlos, und im Bezirgschlichtungsausschuß kam kein Spruch zustande. Die Zentralschlichtungsstelle wies ebenfalls auf eine Preisentzugsaktion hin und empfahl mit Rücksicht darauf eine bezügliche Verständigung. Wie diese Verständigung bei dem hartnäckigen Verhalten der Arbeitgeber vor sich gehen sollte, war der Arbeiterseite unklar. Die Verhandlungen vor dem ZSA am 1. Oktober führten zu einem Schiedspruch, worin der Lohn der männlichen Arbeiter auf 71 Pf. pro Stunde festgesetzt wurde.

Buch wies darauf hin, daß zur erfolgreichen Führung von Lohnbewegungen eine gute gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft vorhanden sein muß. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter müßten aber ihr Augenmerk darauf richten, daß die in der Industrie noch Unorganisierten dem Verbande der Fabrikarbeiter zugeführt werden. Eine dementsprechende Entschlieung fand einstimmige Annahme.

### Sozialpolitische Kundgebung der Angestelltenjugend.

Der Zentralverband der Angestellten hatte am Freitag zu einer im Plenarsitzungslokal des Reichswirtschaftsrates stattfindenden Kundgebung eingeladen. Nach einem Prolog und Worten der Eröffnung und Begrüßung sprach Jugendsekretär Walter Eschbach über: „Jugend in Not — was ist zu tun?“ Nach einem historischen Rückblick über Jugendausbeutung und Jugendschutz gab er seiner earnesten Sorge um die erwerbstätige Jugend von heute Ausdruck. Die Jahre des Krieges und der Inflation und auch die der Kapitalverknappung hinterließen ihre furchtbaren Spuren. Ungeheure Verbreitung der Tuberkulose, der Rachitis und Herzneurose. Dazu kommt die geistige Not der Jugend, eine moralische Verwilderung, hervorgerufen durch wirtschaftliche und seelische Depressionen. Die unterernährte, fränke, zurückgebliebene Jugend beiderlei Geschlechts wird mehr und mehr von den Unternehmern ausgebeutet. Zahllos sind die Fälle der Lehrlingsausbeutung, ja auch der Lehrlingshinderung. Auch die Lehrlingszuchtorei floriert wieder. Dieser Jugend müssen alle interessierten Kreise beistehen und der starke Wille aller Angestellten die Mißstände beseitigen helfen. Nach dem gutdurchachten und gründlichen Vortrag wurde einstimmig eine längere Entschlieung im Sinne des Vortrages angenommen.

Nach Eschbach sprach die Genossin Landtagsabgeordnete Frau Dr. Wegscheider über: „Was fordern wir vom kommenden Berufsausbildungsgesetz?“ Neueste Beforsung sei am Platz, denn wie der Entwurf des Reichsausbildungsgesetzes beweist, kann man auch hier von der reaktionären Regierung alles, nur nichts gutes, erwarten. Vom Arbeitsministerium ist die schleunigste Herausgabe eines Entwurfs zu fordern. Die Sozialdemokratische Partei hat schon längst ihre sozialen Forderungen zu einem Entwurf aufgestellt, dessen Befolgung sie zum 1. April 1926 fordert. Einer hierzu einstimmig angenommenen Entschlieung entnehmen wir folgendes:

Zur Sicherstellung einer guten praktischen Berufsausbildung fordern wir: 1. Das Recht der Lehrlingsausbildung darf nur Betrieben erteilt werden, die in sachlicher und pecuniarer Beziehung eine umfassende Berufsausbildung ermöglichen; 2. die Lehrstellenvermittlung hat ausschließlich durch öffentliche Einrichtungen zu erfolgen, die in enger Verbindung mit der öffentlichen Berufsberatung stehen müssen; 3. die öffentliche Beratungskommission hat zu prüfen, ob sich der Bewerber für den erwählten kaufmännischen Beruf eignet; 4. der Lehrvertrag muß schriftlich abgeschlossen werden; die Lehrzeit darf höchstens drei Jahre betragen; 5. das Gesetz hat zwingende Vorschriften über die Grundzüge der Bezahlung zu enthalten; 6. die Durchführung und Überwachung des Lehrlingsgesetzes und der Lehrlingsausbildung ist unter Heranziehung der Handels- und Gewerbeaufsichtsbeamten besonderen öffentlich-rechtlichen Organen unter maßgebender Mitwirkung der Angestellten zu übertragen. Diese haben auch Bestimmungen über das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu jener der Gehilfen sowie Vorschriften über die Mindestentlohnung zu erlassen. Soweit diese Fragen durch Tarifverträge geregelt sind, gelten diese Bestimmungen nur dann, wenn sie nicht ungünstiger sind.

In einem Schlusswort gab Hans Gottfurcht der Erwartung Ausdruck, daß überall die Angestellten sich über ihre Klassenlage klar werden. Er wandte sich scharf gegen die rechtsstehende Propaganda der Lehrkräfte in den Berufsschulen und forderte die Anwesenden auf, in organisatorischer Gemeinschaft und Vereinigung der jugendlichen Massen dem Ziele zuzustreben.

### Wie die Bergarbeiter provoziert werden.

#### Das Schindludertreiben in Niederschlesien.

Breslau, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die niederschlesischen Steinkohlengruben haben sich zu einer schweren Provokation ihrer gesamten Arbeiterschaft hinreihen lassen. Zum Protest gegen die Verbindlichkeitsklärung einer durch Schiedspruch bewilligten Prozentigen Lohnhöhung stellten sie am Dienstag ihrer ganzen Belegschaft insgesamt etwa 30.000 Bergarbeitern, die Kündigung zu. Die Verwaltungen erklärten gleichzeitig, daß sie zur Zurücknahme der Kündigung bereit seien, falls die Arbeiter auf die zurzeitige Lohnhöhung verzichten. Dieser provozierende Schritt der Bergbetriebe muß gleichzeitig als eine eigenartige Begrüßung des Ostauschusses des Preussischen Landtages angesehen werden, der in den nächsten Tagen in das Waldenburger Gebiet kommt, um dort die möglichen Staatsbildungsmaßnahmen zu prüfen. Von den bisherigen Maßnahmen des Reiches und des Staates zur Erleichterung der Schwierigkeiten des Waldenburger Gebietes, die allerdings nicht sehr umfangreich waren, und ebenso von den Extraprozessen der Waldenburger Bergbetriebe durch die Ausschaltung der ober-schlesischen Kohle infolge des deutsch-polnischen Zollkrieges sollen die Arbeiter überhaupt keinen Vorteil haben. Der Ostauschuß wird daher auch die Hilfsmöglichkeiten genau zu prüfen haben, die er dem Waldenburger Bergbau zuzuwenden gedenkt, damit nicht auch da einseitige neue Vorteile für die Unternehmer ohne Nutzen für die schwer mitleidende Arbeiterschaft dieses Hungergebietes entstehen. Darüber hinaus wird geprüft werden müssen, wie eine derartige Verhöhung der rechtsverbindlichen Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums durch Zwangseingriff von Staat oder Reich gegen solche leichtfertige Stilllegungen und Entlassungen verhindert werden kann.

### Volks- und Gewerkschaftshäuser.

Vor einiger Zeit tagte in Halle a. d. S. die „Arbeitsgemeinschaft der Volks- und Gewerkschaftshäuser“. Die Tagung war von 86 Delegierten aus 55 Orten und einem Vertreter des ADGB besucht. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Genosse Ddental, Hamburg, berichtete zunächst über die Aufgaben und Pflichten der Arbeitsgemeinschaft, wobei er lebhaft bedauerte, daß von rund 115 Volks- und Gewerkschaftshäusern bisher erst 22 regelmäßig Beiträge zahlen. Dringend warnte er vor der Neugründung von Gewerkschaftshäusern im jetzigen Zeitpunkt, zumal von der jetzigen Reichsregierung die Anerkennung der Gemeinnützigkeit nicht zu erhoffen sei. Ueber wirtschaftliche Betriebsführung sprach Genosse Widlein. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Volkshäuser stark unter den Treibereien der KPD leiden. Aufgabe der Geschäftsleitungen müsse es sein,

### Notstandsleistungen für Streikende und Arbeitslose.

eingurichten.

Beschlossen wurde, alle zwei Jahre Konferenzen der Arbeitsgemeinschaft stattfinden zu lassen, ein engstes Gegenseitigkeitsverhältnis mit dem ADGB, dem AFA-Bund und dem ADB herbeizuführen und ein eigenes Blatt herauszugeben. Ueber die Antialkoholbewegung und ihre Folgen sprach der Vorsitzende des Lebensmittel- und Getränkearbeiterverbandes, Genosse Tröger (Berlin), der vor den Uebertreibungen der an sich guten Bewegung, die auch in den Gewerkschafts- und Volkshäusern unterstüzt werde, warnte. In einer Entschlieung wird erklärt, daß Mißbräuchen des Alkoholgenusses, insbesondere durch Verabreichung von Alkohol an jugendliche, entschieden entgegenzutreten sei. Jedoch mündet sich die Entschlieung gegen eine Trodenlegung Deutschlands nach amerikanischem Muster, hält aber eine gesetzliche Regelung der Erteilung von Schankkonzessionen für erforderlich. Einstimmig wurde beschlossen, die im Jahre 1926 in Düsseldorf stattfindende Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen mit Material zu besichtigen. In den Vorstand wurden die Genossen Ddental (Hamburg), Widlein (Leipzig), Hennig (Altenburg), Paderodt (Hannover) und Kofch (Breslau) gewählt.

Das AFA-Ortsamt teilt mit, daß morgen, Donnerstag, abends 7.50 Uhr, das Vorstandsmittglied Benno Karg vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten durch den Berliner Rundfunk spricht über „Die deutsche Angestelltenbewegung“.

Gewerkschaftsbund. Sitzung Redner! Morgen, Donnerstag abends 7 Uhr Rednerversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 5. Bericht von den letzten Lohnverhandlungen. Mit erfordern alle Redner, vollständig zu erscheinen. Die Gruppenleitung.

Verantwortlich für den Text: Ernst Weiser; Bildhaft: Wiltraut Saltruss; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöler; Illustration: R. B. Böcher; Entlohn und Gehalts: Fritz Kahlstädt; Anzeigen: Ed. Glöde; Vertrieb in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeseh. dem Verb. sozialer Handwerker  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landkassastr. 4 — Tel. Pflanzburg 9521  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

**Pelzwaren**  
kaufen Sie gut und billig  
Schlesinger, Berlin, Neue Köpenickerstr. 21, 2 Tropfen.

**Wirklich billige Angebote**  
in Linoleum für alle Zwecke  
**Teppichen ♦ Läufer ♦ Cocos**  
Einige Beispiele:  
Linoleumläufer, 67 cm breit . . . 2.40 | Cocosläufer, 67 cm breit . . . 2.50  
Bouclatläufer, 67 cm breit . . . 3.55 | Axminster-Teppiche, 200 x 300 70.00  
**Gustav Bargende Kom. Ges.**  
Bismarckstr. 109 I, über Café Kutschera / Windschildstr. 11, Ecke Pestalozzistraße  
Wilmersdorfer Straße 79, Ecke Sybelstraße / Telefon: Amt Steinplatz 5835, 5836, 4194.

**Damentaschen-Fabrik**  
Party-Cases, die große Mode  
von 3.25 an! — Auch Einzelverkauf!  
**Lederwarenfabrik Metzler**  
Prinzessstr. 19, zw. Moritzpl. und Ritterstr.

**Stein der Weisen**  
Die ideale Nagelpflege  
überall erhältlich  
KOPP & JOSEPH  
BERLIN W.

**Metallbetten**  
Stahlmattens-, Kinderbetten etc. an Priv.  
Kat. 650 frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

**Gänsefedern**  
Willy Mandyskiel, Neutreiblin  
(Gedr.) Gänsefedernanstalt

**Adolf Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig  
Dortlich in allen Vorwärts-Ausgabestellen.